



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-5266 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.110/38-III/4/83

18. April 1983

2482/AB

1983 -04- 19

zu 2535/J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Veselsky und Genossen haben am 9. März 1983 unter der Nr. 2535/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Auswirkungen des ÖVP-Kürzungsprogrammes auf die Arbeitsplatzsituation im öffentlichen Dienst gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Wie würde sich diese Kürzung von Dienstposten auf die wichtigsten Dienstzweige des öffentlichen Dienstes auswirken?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Einleitend möchte ich feststellen, daß im Jahresdurchschnitt des Jahres 1982 in Österreich rund 2,760.000 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt waren. Davon sind 573.000 unselbständig Erwerbstätige, die auf den öffentlichen Dienst entfallen. Das bedeutet, daß jeder fünfte Österreicher einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst, also beim Bund, bei den Ländern oder Gemeinden, hat.

./.

- 2 -

Die Bundesregierung hat immer die Arbeitsplatzsicherung als eine ihrer vordringlichen Aufgaben angesehen. Das gilt nicht nur für Arbeitsplätze in der Wirtschaft, sondern uneingeschränkt auch für Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die Beseitigung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, wie sie von der ÖVP gefordert wird, entlarvt daher eine Politik, die vorgibt, der Arbeitsplatzsicherung verpflichtet zu sein.

Zur Frage selbst möchte ich konkret folgendes bemerken:

Das Kürzungsprogramm sieht, ausgehend vom Stellenplan 1983 durch 4 Jahre eine jährliche Reduktion um 1 %, daher insgesamt um 4 %, vor. Die daraus resultierenden Kürzungen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen des Bundes sind dem Zahlenspiegel der Beilage zu entnehmen.

Insgesamt würde diese Kürzung im 1. Jahr 2.877, in vier Jahren 11.509 Planstellen ausmachen. Die Aufgliederung nach Verwaltungszweigen zeigt, daß unter einem die Allgemeine Verwaltung einschließlich der Obersten Organe und der Zentralstellen in vier Jahren 1.456 Planstellen abzugeben hätte. Als Folge müßten verlängerte Wartezeiten bei Ämtern, aber etwa auch verminderte Steuereinnahmen durch eine Einschränkung der Betriebsprüfung bedacht werden. Besonders krass würde sich die Planstellenkürzung im Sicherheitswesen, im Unterrichtswesen und bei Bundesbetrieben auswirken. Im Sicherheitswesen, wo die Kürzung 1.313 Planstellen ausmachte, müssen schon jetzt unverhältnismäßig hohe, medizinisch kaum noch vertretbare, Überstundenleistungen erbracht werden. Falls sich diese Situation nicht abrupt ändert, sollte eher ein zumindest teilweiser Ersatz der Überstunden durch Personalaufnahmen überlegt werden. Im übrigen hat die Österreichische Volkspartei wiederholt mehr Personal für Polizei und Gendarmerie unter Hinweis auf ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis gefordert.

Eine ähnliche Lage wie im Sicherheitswesen gibt es im Unterrichtswesen. Der Mock-Plan sähe 2.017 Planstellen weniger vor. Auch hier werden einerseits hohe

- 3 -

Überstundenleistungen erbracht, andererseits ist der Ausbau der Bundesschulzentren personell nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung sah sich deshalb auch veranlaßt, erstmalig in diesem Schuljahr einen Personalversuch durchzuführen, der kostenneutral die Verringerung der Überstunden bei gleichzeitigen Lehrereinstellungen vorsieht.

Im Heerwesen haben sich alle im Landesverteidigungsrat vertretenen Parteien zu einem Verteidigungskonzept bekannt, das durch eine Personalverminderung um 926 Planstellen ad absurdum geführt würde.

Auf die Bundesbetriebe, insbesondere auf Post und Bahn, entfielen noch dem Einsparungsplan der ÖVP 5.315 Planstellen. Die Verwirklichung eines solchen Vorhabens müßte zu einer massiven Beeinträchtigung sämtlicher Betriebsbereiche dieser beiden Großbetriebe führen. Bei der Post wären dadurch die Brief- und Paketzustelldienste im bisherigen Umfang nicht aufrecht zu erhalten, der gesamte Fernmeldeausbau müßte eingeschränkt werden. Dem Staat und der Wirtschaft erwachsen solcherart kaum abschätzbare Schäden.

Im Bahnbetrieb wäre die geplante Personaleinsparung überhaupt nur durch Stilllegung von Bahnlinien erreichbar. Auch wenn dadurch defizitäre Nebenbahnen betroffen wären, muß auf den massiven Widerstand von Bevölkerung und Wirtschaft solcherart betroffener Regionen hingewiesen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Reduktion des Bundesdienstes um insgesamt 11.509 Planstellen unverantwortliche Folgen in nahezu allen Verwaltungsbereichen hätte.

Es erscheint mir aber in diesem Zusammenhang doch erwähnenswert zu sein, daß die ÖVP zwar einerseits vorschlägt, die Dienstposten im öffentlichen Dienst jährlich um 1 % zu reduzieren und andererseits von ÖVP-Politikern immer wieder gefordert wird, mehr Sicherheitsbeamte, mehr Lehrer, mehr Mitarbeiter im

- 4 -

Bereich Wissenschaft und Forschung einzustellen. So hat beispielsweise der Schulsprecher der ÖVP, Dr. Katschthaler, am 28. Feber 1983 die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl von 36 auf 30 an allen Schulen gefordert. Unter Berücksichtigung der damit verbundenen Erhöhung der Lehrerdienstposten, der Investitionen für die Errichtung des erforderlichen Schulraumes sowie des sonstigen Sachbedarfs wären Aufwendungen in Milliardenhöhe erforderlich. Diese Widersprüchlichkeiten der Aussagen belasten nicht nur deren Glaubwürdigkeit sondern zeigen, wie ernst die ÖVP ihre Forderungen selbst nimmt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Katschthaler', written in a cursive style.

TABELLE

zur Verminderung des Stellenplanes um 1 % bzw. 4% (Basis: Stellenplan 1983)

Verwaltungszweig	Stellenplan 1983	minus 1 %	Ergebnis	minus 4 %	Ergebnis
1. Allgemeine Verwaltung:					
a) Oberste Organe	573	- 6	567	- 23	550
b) Zentralstellen	6.991	- 70	6.921	- 280	6.711
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.625	- 196	19.429	- 785	18.840
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.215	- 92	9.123	- 368	8.847
SUMME 1	36.404	- 364	36.040	- 1.456	34.948
2 Sicherheitswesen	32.814	- 328	32.486	- 1.313	31.501
3 Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.637	- 106	10.531	- 425	10.212
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	50.416	- 504	49.912	- 2.017	48.399
5. Heerwesen	23.142	- 232	22.910	- 926	22.216
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.430	- 14	1.416	- 57	1.373
SUMME 2 bis 6	118.439	- 1.184	117.255	- 4.738	113.701
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.886	- 1.329	131.557	- 5.315	127.571
GESAMTSUMME	287.729	- 2.877	284.852	- 11.509	276.220